Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

30.10.2010

Ausschussbetreuender Fachbereich

Geschäftsbuchhaltung

Schriftführung

Petra Gernand

Telefon-Nr.

02202-142613

Niederschrift

Infrastrukturausschuss

Sitzung am Dienstag, 14.09.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:19 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 30.06.2010 - öffentlicher Teil -
0431/2010**
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Gefahrstoffe in städtischen Gebäuden**
0460/2010
- 7 Zwischenberichte zum 30.06.2010**
- 7.1 Zwischenbericht 2010 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach zum 30.06.2010 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebssatzung**
0433/2010
- 7.2 Zwischenbericht für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach zum 30.06.2010 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebssatzung**
0461/2010
- 7.3 Zwischenbericht 2010 für die Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach zum 30.06.2010 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebssatzung**
0441/2010
- 8 Jahresabschluss 2009 Abwasserwerk**
- 8.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"**
0435/2010
- 8.2 Entlastung der Betriebsleitung des Abwasserwerks für das Wirtschaftsjahr 2009**
0434/2010
- 9 Sanierung des Loses 3, Ortslagen Schildgen und Paffrath**
0385/2010
- 10 Kanalbauarbeiten "Frankenstr. - Erneuerung des Mischwasserkanals"**
0458/2010
- 11 Errichtungsbeschluss zur Gründung des "Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR"**
0466/2010
- 12 Anträge der Fraktionen**
- 12.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.08.2010 zur Änderung der Entwässerungssatzung betreffend die Übernahme der Organisation zur Dichtheitsprüfung durch die Stadt**
0462/2010
- 13 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Felix Nagelschmidt, begrüßt die anwesenden Teilnehmer der 5. Sitzung des Ausschusses in der achten Wahlperiode und eröffnet die Sitzung um 17.08 Uhr. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist. Noch nicht anwesend ist Herr Henkel (CDU), dieser habe jedoch angekündigt, etwas später zu erscheinen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Henkel im Anschluss an die Veröffentlichung schriftlich darauf hingewiesen habe, dass die Niederschrift auf Seite 12 im vierten Absatz falsch sei. Demnach habe er die Frage gestellt, wie viele Grundstückseigentümer in der Zeitstufe 0 bei der Verwaltung um Auskunft zur Dichtigkeitsprüfung nachgefragt hätten. Daraufhin sei geäußert worden, dass lediglich 2 – 3 Grundstückseigentümer bei der Verwaltung nachgefragt hätten. Ihm sei jedoch nach der Sitzung von der Verwaltung mitgeteilt worden, dass rund die Hälfte der ca. 600 Eigentümer in der Zeitstufe 0 bei der Verwaltung nachgefragt hätten.

Hierzu teilt Herr Wagner mit, dass man mit allen Grundstückseigentümern in der Zone 0 ohnehin im Gespräch sei und jeden einzeln angesprochen habe, um die Sanierung im öffentlichen Bereich vornehmen zu können. In den anderen Bereichen sei seitens der Bürger so gut wie keine Kommunikation mit der Verwaltung geführt worden.

Sodann wird die Niederschrift der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 30.06.2010 – öffentlicher Teil - wird in der geänderten Fassung einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 30.06.2010 - öffentlicher Teil - *0431/2010*

Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 30.06.2010 – öffentlicher Teil – wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Schmickler erinnert daran, dass die Verwaltung den Ausschuss regelmäßig Auskunft über die Rückläufe zu den Dichtheitsprüfungen in den einzelnen Stufen gebe. Betrachte man sich die Zahlen der letzten 12 Monate, so sei zu erkennen, dass in diesem Zeitraum nicht einmal jener Rücklauf angekommen sei, der ursprünglich in einem Monat erwartet worden war. Sofern von einem

gleichmäßigen Rücklauf der Bescheinigungen ausgehe, müssten pro Monat rund 140 – 150 Bescheinigungen beim Abwasserwerk eingehen. Tatsächlich gingen lediglich rund 10 Bescheinigungen pro Monat ein. Man halte die Sache weiter nach und werde dem Ausschuss regelmäßig hierzu berichten und auf diesen zukommen, sofern Handlungsbedarf erkennbar sei. Parallel dazu werde das Abwasserwerk durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit informieren, jedoch hätten die Bemühungen hierzu bislang noch keine Früchte getragen. Die Situation in der Hauptstraße sei ein Sonderfall, da diese Maßnahme von der Stadt durchgeführt worden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Komenda, ob die zum Tagesordnungspunkt A 11 nachträgliche versandte Vorlage entsprechend der Vorlage im nichtöffentlichen Teil behandelt werde, erklärt der Vorsitzende, diese Vorlage werde wie geplant unter dem Tagesordnungspunkt A 11 im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.

6. Gefahrstoffe in städtischen Gebäuden *0460/2010*

Herr Martmann erläutert die Hintergründe der Vorlage. Ausgehend von einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der ersten Sitzung des Infrastrukturausschusses im November 2009 habe die Verwaltung zugesagt, eine Zusammenfassung über die bereits vorliegenden Maßnahmen in Schulgebäuden zu liefern. Aus der Vorlage sei erkennbar, dass man in der Vergangenheit mit hohem Aufwand bereits eine Menge im Bereich der Schadstoffsanierung geleistet habe.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt Herr Außendorf die Vorlage und sieht sie als ersten Schritt in die Richtung eines Schadstoffkatasters. Ungeachtet dessen bittet er unter Bezugnahme auf den drittletzten Absatz der Vorlage, Seite 8 unten, um Mitteilung, an welchen Grundschulen punktuell PCB-Belastungen angetroffen worden seien. Auch bittet er um Auskunft darüber, welche verbauten Komponenten betroffen seien und ob diese auch in anderen Gebäuden verbaut worden seien.

Diesbezüglich erklärt Herr Jäger, dass in der Grundschule Concordiaweg in Schildgen im Aulabereich Fugenmassen PCB-belastet gewesen seien, die Sanierung sei hier bereits abgeschlossen. Ferner seien an der Fassade belastete Fugenmassen vorgefunden worden. Die zweite punktuelle Auffälligkeit habe es in der Grundschule in Paffrath gegeben, dort seien ebenfalls in Aulabereich Deckenplatten zu sanieren gewesen, die mit einem PCB-haltigen Anstrich versehen waren. Auch hier habe man die Sanierung kurzfristig vornehmen können. Weitere Auffälligkeiten seien derzeit nicht erkennbar.

Sodann nimmt der Ausschuss die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Zwischenberichte zum 30.06.2010

7.1. Zwischenbericht 2010 für das Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach zum 30.06.2010 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebsatzung *0433/2010*

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Zwischenbericht für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach zum 30.06.2010 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebsatzung *0461/2010*

Herr Außendorf möchte unter Bezugnahme auf Seite 25 der Einladung wissen, aus welchen Gründen die Gefährdungsabschätzung für die Altdeponie Grube Weiß nicht beauftragt worden sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Jäger, dass die Verwaltung die Gefährdungsabschätzung der Altdeponie Grube Weiß habe vornehmen wollen. Da bei solchen Gefährdungsabschätzung mit Zuwendungsmitteln des Landes gearbeitet werde, habe man beabsichtigt, sich in die Dringlichkeitsliste des Landes für diese Fördermittel eintragen zu lassen, um im Jahre der Durchführung der Maßnahme einen Zuwendungsantrag stellen zu können. Die entsprechenden Dringlichkeitslisten würden von den Bezirksregierungen bearbeitet, wobei Maßnahmen, bei denen eine Gefahr für Leib und Leben abgewendet würde, stets vorrangig behandelt werden. Hierbei habe es in den vergangenen Jahren im Bereich der Bezirksregierung Köln so viele Maßnahmen gegeben, dass keine Gelder mehr für Maßnahmen wie an der Grube Weiß zur Verfügung standen. Da erkennbar gewesen sei, dass auch in diesem Jahr keine Fördermittel hierfür bereitgestanden hätten, habe man sich entschieden, die Maßnahme noch nicht durchzuführen.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

7.3. Zwischenbericht 2010 für die Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung der Stadt Bergisch Gladbach zum 30.06.2010 gemäß § 20 EigVO i. V. m. § 6 Nr. 4 der Betriebssatzung
0441/2010

Der Ausschuss nimmt der Inhalt der Vorlage zur Kenntnis.

8. Jahresabschluss 2009 Abwasserwerk

8.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach"
0435/2010

Herr Rudert von den Wirtschaftsprüfern Rödl&Partner erläutert anhand der als Anlage zur Niederschrift beigefügten Präsentation die Eckpunkte des Jahresabschlusses 2009. Der abschließende Prüfungsbericht befindet sich derzeit zur Durchsicht bei der Verwaltung, insofern könne auch dieser Punkt kurzfristig abgeschlossen werden.

Anschließend dankt der Vorsitzende Herrn Rudert für dessen Präsentation.

Herr Samirae bittet unter Hinweis auf Seite 43 der Einladung um Auskunft, ob es richtig sei, dass die allgemeine Rücklage die liquiden Mittel der Stadt verstärke, damit vorübergehend für alle übrigen Aufgaben der Stadt der Bedarf an Kassenkrediten zurückgehe.

Hierzu erinnert Herr Rudert daran, dass der Rat der Stadt über die Verwendung der Mittel aus dem erwirtschafteten Überschuss entscheide. Weitergehende Auskünfte könne er als Wirtschaftsprüfer zuständigkeitshalber nicht geben.

Weiterhin möchte Herr Samirae unter Bezugnahme auf Seite 46 oben wissen, welche Risiken durch die bestehenden Doppel-Swap-Geschäfte in Höhe von rund 20 Mio. € bestünden.

Diesbezüglich verweist Herr Rudert auf die Präsentation und erklärt, dass die Konnexität zwischen den Swap-Geschäften und den Grundgeschäften wieder hergestellt worden sei. Dies habe dazu geführt, dass die im Jahr 2008 gebildete Rückstellung in 2009 wieder aufgelöst werden konnte.

Angesichts der Tatsache, dass die Laufzeiten der Swap-Geschäfte teilweise über die Laufzeiten der Grundgeschäfte hinausgingen, sei die Bildung einer erneuten Rückstellung mangels entsprechender Risiken nicht erforderlich.

Ferner möchte Herr Samirae unter Hinweis auf Seite 55 der Einladung wissen, warum nicht bei allen Darlehen der Zinssatz angegeben sei und warum die Angabe des durchschnittlichen Zinssatzes fehle. Speziell nennt er hier die 2. Position in der Aufstellung auf Seite 55, er möchte wissen, warum dieses Darlehen nicht abgelöst worden sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Fragen schriftlich beantwortet und der Niederschrift beigelegt werden.

Herr Samirae stellt weiterhin unter Bezugnahme auf Seite 61 der Einladung fest, dass die Ergebnisänderung von 36 % nicht einleuchtend begründet sei. Er möchte wissen, warum nicht dargelegt worden sei, dass keine Überdeckung vorläge, obwohl alles dafür spräche.

Hierzu erklärt Herr Rudert, dass dies die Darstellung im Bericht nicht zwingend erfordere. Man habe sich jedoch mit dem Thema befasst und festgestellt, dass handelsrechtlich keine Überdeckung vorliege. Zu den Unterschieden zwischen dem handelsrechtlichen und dem kalkulatorischen Abschluss verweist er auf die Hauptbestandteile des Überschusses in Höhe von rund 12,8 Mio. €. Von diesem entfielen rund 4,6 Mio. € auf das neutrale Ergebnis, welches nicht gebührenrelevant sei sowie weitere 1,2 Mio. € auf die Auflösung der Ertragszuschüsse. Weitere Abweichungen würden sich aus den kalkulatorischen Größen ergeben, hierbei entfielen auf die kalkulatorischen Abschreibungen rund 2,6 Mio. € sowie auf die kalkulatorischen Zinsen rund 5 Mio. €. Nach Aussage des Bereichs Finanzen läge trotz dieser Zahlen keine Überdeckung im Bereich der Gebühren vor.

Abschließend möchte Herr Samirae unter Hinweis auf Seite 40 der Einladung wissen, warum dort unter der Position des Anlagevermögens von den Anschaffungs- und Herstellungskosten die Rede sei, jedoch der Wiederbeschaffungszeitwert nicht zu finden sei. Er möchte wissen, wo diese Werte zu erkennen und wo die außerplanmäßigen Abschreibungen der Vorjahre zu finden seien.

Diesbezüglich erklärt Herr Rudert, dass der Wiederbeschaffungszeitwert des Anlagevermögens nicht im handelsrechtlichen Jahresabschluss aufzuführen sei. Dieser sei lediglich der Gebührenkalkulation zu entnehmen.

Herr Kamp bittet um nähere Informationen zu den außerordentlichen Erträgen im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung, Seite 38 der Einladung sowie dem neutralen Ergebnis, Seite 61 der Einladung.

Herr Schmickler erklärt hierzu, es handele sich um die veränderte Bewertung des Vermögens im Zweckverband Rechtsrheinischer Randkanal, diese sei auch bereits im Rahmen der Präsentation erläutert worden.

Im Anschluss fasst der Infrastrukturausschuss mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDinitiative) bei einer Enthaltung (DIE LINKE./BfBB) folgende Beschlussempfehlung für den Rat:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2009 in

Aktiva und Passiva mit **207.723.006,39 €**

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von fest. **12.853.277,23 €**

2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2009 fest.
3. Der Jahresüberschuss 2009 wird
 - a) in Höhe von 6.276.498,23 € gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt
 - b) in Höhe von 6.576.779,00 € an den städtischen Haushalt abgeführt.

8.2. Entlastung der Betriebsleitung des Abwasserwerks für das Wirtschaftsjahr 2009
0434/2010

Der Infrastrukturausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Infrastrukturausschuss erteilt die Entlastung der Betriebsleitung des Abwasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2009.

9. Sanierung des Loses 3, Ortslagen Schildgen und Paffrath
0385/2010

Nach Ansicht von Herr Schütz sei die Vorlage exemplarisch für die Politik des Abwasserwerks. So sei festzustellen, dass das Abwasserwerk in der Regel große Maßnahmen plane, diese jedoch nicht zeitnah abarbeiten könne. Er verweist insoweit auf die Vorlage zum Zwischenbericht. Nunmehr werde erneut eine riesige Sanierungsmaßnahme angestoßen, wobei man befürchte, dass diese Maßnahme auch im nächsten Jahr nicht umgesetzt werden könne. Vor diesem Hintergrund sei es sinnvoller, die Maßnahme in kleinere Lose aufzuteilen und hierfür in kleinerem Rahmen Kredite aufzunehmen.

Herr Wagner weist jedoch darauf hin, dass man beide Sachen strikt voneinander trennen müsse. So seien größere Projekte in der Regel abhängig von vielerlei Faktoren, z.B. dem Grunderwerb benötigter Flächen. Als Beispiel hierfür nennt er den Bau des Regenüberlaufbeckens 1-2-3, welches seit 1993 versucht wird, in Gang zu bringen und für dessen Errichtung rund 3 Mio. € im Wirtschaftsplan bereit stünden. Bezogen auf die vorliegende Maßnahme liege diese Abhängigkeit jedoch nicht vor, da die Stadt verpflichtet sei, die Sanierung durchzuführen, zumal die Bezirksregierung auf der Grundlage der Selbstüberwachungsverordnung Kanal (SüWKan) noch weitere Sanierungen fordert. Sofern man die Maßnahme daher nicht beschließe, hätte dies mit an Sicherheit grenzender negative Auswirkungen auf die Festsetzung der Abwasserabgabe. Dieses Risiko sei ihm jedoch zu hoch.

Anschließend fasst der Infrastrukturausschuss mit 15 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE./BfBB) sowie einer Enthaltung (KIDitiative) den Beschluss:

Der Infrastrukturausschuss beschließt die Durchführung der Maßnahme „Sanierung des Loses 3 mit insgesamt 138 km Kanalisation (Ortslagen Schildgen/Paffrath)

10. Kanalbauarbeiten "Frankenstr. - Erneuerung des Mischwasserkanals"
0458/2010

Inwieweit bei der nun beabsichtigten Maßnahme berücksichtigt wurde, dass möglichst jedes Mischwasserkanalsystem in ein Trennsystem umgebaut werden soll, möchte Herr Schundau wissen. Seiner Ansicht nach sei es sinnvoll, dies hier zumindest vorzubereiten, den alten Mischwasserkanal in einen Schmutzwasserkanal umzuwandeln und den neuen Kanal als Regenwasserkanal zu nutzen.

Diesbezüglich erklärt Herr Wagner, dass dies nicht berücksichtigt worden sei, da man sich am Anfang des Mischwassersystems befinde und die Vorflut des Kanals weiterhin als Mischwasserkanal betrieben werde. Insofern mache eine solche Vorarbeit hier keinen Sinn.

Sodann fasst der Infrastrukturausschuss mit 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE./BfBB) den Beschluss: Der Infrastrukturausschuss beschließt gemäß §14 Abs. 3 Punkt 7 der Zuständigkeitsordnung des Rates die Umsetzung der Kanalbaumaßnahme „Erneuerung des Mischwasserkanals Frankenstraße“ in der Fassung der Vorlage.

11. Errichtungsbeschluss zur Gründung des "Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR" *0466/2010*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt mit Schreiben vom 03.09.2010 nachgereicht wurde.

Zu Beginn der Diskussion erinnert Herr Martmann daran, dass der Gründungsbeschluss auf einen Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahre 2007 zurückgehe. Vor diesem Hintergrund habe der Rat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause den Auftrag erteilt, eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) zu gründen. Man habe über den Sommer an dieser Vorlage gearbeitet und lege dem Ausschuss nunmehr den entsprechenden Gründungsbeschluss inklusive Satzung und Inventarliste vor. Trotz Nothaushalt ergebe sich durch die Gründung einer solchen Gesellschaft die Möglichkeit für die Stadt, handlungsfähig zu bleiben, zumal die AöR nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliege und die Übertragung der Grundstücke nicht grunderwerbssteuerpflichtig sei. Gemäß § 114 a Gemeindeordnung NRW (GO NRW) sei es zulässig, bestimmte Aufgaben der Gemeinde in Anstalten öffentlichen Rechts auszulagern. Dieses Instrument eigne sich nach entsprechender Prüfung prinzipiell für den beabsichtigten Zweck. Anhand des Gewerbegebietes Obereschbach verdeutlicht er die Vorteile einer Vermarktung der Grundstücke über die AöR. So sei es in Zeiten des Nothaushalts nicht zulässig, Investitionen zur Erschließung des Geländes aus dem städtischen Haushalt heraus zu tätigen, obwohl dort Überschüsse zu erwarten seien. Durch die Gründung der AöR könne man jedoch aufgrund der eigenständigen Finanzierung Investitionen tätigen und die Grundstücke gewinnbringend vermarkten, was wiederum zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen für die Stadt zur Folge haben könne. Hinsichtlich der Inventarliste, die man zur Übertragung an die AöR vorschlage, weist er daraufhin, dass es sich hierbei um Grundstücke handele, die für die Stadtentwicklung interessant seien. Insgesamt handele es sich um eine kluge Maßnahme für die gesamte Stadt, wobei selbstverständlich auch in der AöR verantwortungsvoll gearbeitet werde, da es sich um ein Wirtschaftsunternehmen handeln werde. Von daher bittet er, der Gründung der AöR zuzustimmen. Ergänzend zur Vorlage gebe es nach nochmaliger Durchsicht der Satzung in einigen Punkten Änderungsbedarf. So seien in der Präambel die Worte Halbsatz „... mit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder ...“ ersatzlos zu streichen. Weiterhin sei § 4 Abs. 3 der Satzung wie folgt zu ändern: „Die Befangenheitsvorschriften des § 31 GO NRW gelten entsprechend.“ Darüber hinaus sei in § 7 Abs. 3 der Satzung im Absatz unter der Aufzählung der 2. Satz wie folgt zu ändern: „In den Fällen der Buchstaben b) und n) bedarf es der vorherigen Entscheidung des Rates.“ Weiterhin betrage der in der Vorlage noch fehlende Wert für die lfd. Nr. 13 derzeit 1.096.073,47 €. Hierbei sei jedoch zu berücksichtigen, dass dieser Wert ebenso wie der Wert für die übrigen bebauten Grundstücke in der Inventarliste bis zur Ratssitzung noch auf den

aktuellen Stand gebracht würden, da hier der jeweilige Buchwert zum 31.12.2010 anzusetzen sei. Insgesamt betrage die Summe der Buchwerte somit rund 9,65 Mio. €.

Herr Quink befürwortet die Tatsache, dass die Stadt versuche, durch die Gründung einer solchen AöR den Standort Bergisch Gladbach voranzubringen. Auf der anderen Seite habe sich der Gesetzgeber sicherlich bei der Erstellung von Vorgaben für Gemeinden im Nothaushalt etwas dabei gedacht, um vergleichbare Investitionen zu untersagen. Die Gründung einer solchen AöR führe seiner Ansicht nach dazu, dass auf diese Weise die Vorschriften über den Nothaushalt ad absurdum geführt würden. Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, welche Risiken die Stadt bei dieser Gründung sehe.

Hierzu erinnert Herr Martmann nochmals an die Situation, dass es in Zeiten des Nothaushalts nicht zulässig, in Vorhaben zu investieren, bei denen nachweislich Gewinne erzielt werden könnten. Dies betreffe eine Vielzahl von Grundstücksgeschäften. Den Vorschriften über den Nothaushalt übergeordnet seien jedoch die Vorschriften der Gemeindeordnung, auf die man sich bei der Gründung der AöR nunmehr beziehe. Man habe daher mit dem Kreis als Aufsichtsbehörde im Vorfeld die wesentlichen Dinge besprochen und dieser habe Zustimmung signalisiert. Im Übrigen übertrage man an die AöR lediglich rund 3 % des Anlagevermögens des gesamten Immobilienbetriebs, so dass das Risiko für die Stadt überschaubar bleibe.

Auf Nachfrage von Herrn Quink, welche Risiken für die Stadt bei der beabsichtigten Gründung zukommen könnten, erklärt Herr Martmann, dass er aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen in der Stadt sehr gut einschätzen könne, welche Risiken für die Stadt entstehen könnten. So sei er bei der Analyse für das Gewerbegebiet Obereschbach von einer vierjährigen Vermarktungszeit ausgegangen, tatsächlich könne die Stadt jedoch auch 10 Jahre ansetzen, ohne auch nur einen Euro Verlust einzufahren. Die an die AöR zu übertragenden Immobilien seien ohne Probleme am Markt platzierbar, so dass dort nur Gewinne erwartet würden. Ferner würde man städtebaulich interessante Grundstücke wie das Bahnhofsgrundstück, welches man günstig erworben habe, an die AöR abgeben, so dass er insgesamt betrachtet nur von einem geringen Risiko für die Stadt ausgehe.

Ergänzend zu den vorherigen Ausführungen erinnert Herr Schmickler an das Dilemma, welches mit den Kriterien über den Nothaushalt einhergehe. Demnach entspreche der Begriff der „Rentierlichkeit“ nicht dem der kaufmännischen Betrachtung, sondern beinhalte nur jene Einnahmen, die über Beiträge und Gebühren zu finanzieren seien. Nicht erfasst würden hiervon jedoch private Erlöse, auch wenn diese eine hohe Wirtschaftlichkeit aufweisen könnten. Dieser Standpunkt sei aus Sicht des Landes verständlich, da man sonst eine Reihe von Einzelfällen in jeder Kommune überprüfen müsse. Ungeachtet dessen gebe es in Bergisch Gladbach eine Reihe von Projekten, die u.a. aufgrund vom Rat bereits beschlossener Bebauungspläne mangels entsprechender Vorfinanzierung derzeit nicht angestoßen werden könnten. Hier biete die Gründung der AöR eine Möglichkeit, diese Vorhaben umzusetzen, wobei die Bedenken hinsichtlich der Risiken durch die Beteiligung der Kommunalaufsicht sicherlich in ausreichendem Maße gewürdigt sein dürften. Im Übrigen werde die AöR nur jene Dinge tun, die auch vom Rat vorgegeben würden, so dass auch hier eine ausreichende Risikokontrolle gegeben sei.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Komenda, dass man die Vorlage ablehnen werde. Auch wenn die Intention, die hinter der Gründung der AöR stehe, verständlich sei, gebe es eine Reihe von Punkten, die letztendlich dagegen sprechen würden. So stelle sich die Frage, warum Bergisch Gladbach als erste Stadt in Nordrhein-Westfalen zu diesem Zweck eine solche AöR gründe, wenn die Aufgabe doch angeblich so rentierlich sei. Bei anderen Städten und Gemeinden beinhalten die Aufgaben, die an die AöR übertragen wurden, stets gewinnbringende Unternehmen wie Stadtwerke oder Abfallwirtschaft. Dementsprechend seien die Städte und Gemeinden froh, überhaupt eine schwarze Null im Abschluss schreiben zu können, Gewinne würden keine der dortigen AöR's erwirtschaften. Da etwaige Verluste einer AöR nach 6 Jahren ausgeglichen werden müssen, sehe er erhebliche

Risiken auf die Stadt zukommen, zumal die Gewinne der AöR nicht an den städtischen Haushalt abzuführen seien.

Diesbezüglich erinnert Herr Martmann daran, dass hinter jedem Objekt aus der Inventarliste ein Projekt stehe, welches wirtschaftlich sei. Zur Behauptung, dass eine AöR keine Gewinne mache, erinnert er daran, dass in der Vergangenheit sei eine AöR im Regelfall im Bereich der Abwasserbeseitigung gegründet worden sei und es dort versteckte Quersubventionierungen gegeben habe. Im vorliegenden Fall nutze man hingegen das Konstrukt der AöR, um zugunsten der Stadt wirtschaftliche Dinge anstoßen zu können. Diese Chance für die Stadt dürfe man sich nicht entgehen lassen. Von daher plädiert er nochmals dafür, dem Verwaltungsvorschlag zur Gründung der AöR zuzustimmen.

Herr Kamp vertritt die Auffassung, dass die Gründung einer AöR der Stadt wieder helfe, handlungsfähiger zu werden, jedoch sei ihm noch nicht klar, welche Kontrollmöglichkeiten es gegenüber der AöR gebe. Zwar seien Weisungen aus dem Rat möglich und es gebe einen Verwaltungsrat, jedoch sei es seiner Ansicht nach sinnvoller, dass der Rat als Kontroll- und Steuerorgan eingesetzt werde. Darüber hinaus möchte er wissen, inwieweit durch die Gründung der AöR Änderungen im heutigen Immobilienbetrieb zu erwarten seien oder ob dieser zukünftig aufgelöst werde. Ferner habe er festgestellt, dass im Bereich Obereschbach Arbeiten ausgeführt würden und möchte wissen, ob diese Arbeiten von der Stadt veranlasst worden seien.

Herr Martmann beantwortet die letzte Frage dahingehend, dass es sich bei diesen Arbeiten um Bodenarbeiten der Avea auf deren Gelände handele. Hinsichtlich der Kontrolle durch den Rat schlage die Verwaltung die Einrichtung eines Verwaltungsrats, bestehend aus 17 Ratsmitgliedern sowie dem Bürgermeister, als Gremium vor. Hierdurch werde eine unmittelbare politische Steuerung gewährleistet. Im Gegensatz zur AöR sei der Immobilienbetrieb als eigenbetriebsähnliche Einrichtung keine eigenständige Persönlichkeit, aus diesem Grunde werde der Wirtschaftsplan des Betriebes auch als Anlage zum Haushaltsplan der Stadt geführt. Vor diesem Hintergrund sei geplant, einen verhältnismäßig kleinen Teil des Betriebes in die neu zu gründende AöR zu überführen und diese neben dem Immobilienbetrieb laufen zu lassen.

Aufgrund dessen befürchtet Herr Kamp eine zunehmende Zerstückelung des gesamten städtischen Vermögens sowie die Aufteilung dessen in unterschiedliche Betriebe.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Schacht, man sei mit der vorgelegten Vorlage sehr zufrieden. Die Gründung der AöR liefere benötigten Handlungsspielraum für zukünftige Vorhaben, den man ansonsten nicht habe. Aufgrund der paritätischen Besetzung des Aufsichtsrates durch den Rat sei eine ausreichende politische Kontrolle gegeben. Er persönlich gehe fest davon aus, dass der Erfolg der Sache Recht geben werde, zumal derartige Stadtentwicklungsgesellschaften auch in anderen Regionen Deutschlands gebe.

Herr Dr. Winzen zeigt sich ob der optimistischen Einstellung der Verwaltung zur Sache eher skeptisch. So sei beispielsweise keine Gewinnabführung wie beim Abwasserwerk geplant. Auch vermag er aus der Wortwahl von Herrn Schmickler zu erkennen, dass die Stadt selbst von einer Rechnung +/- 0 ausgehe, so dass sich die Bürger zurecht nach dem Nutzen einer solchen Gründung frage. Er fühle sich insoweit an die Aussagen vor der Bankenkrise erinnert und vergleicht die Situation mit zu versilbernden Grundstücken und goldenen Bergen, die versprochen würden. Darüber hinaus würden die Risiken in der Vorlage minimalisiert, was als Schwachpunkt anzusehen sei. Letztendlich blieben diese bei der Stadt und müssten ggf. aus Steuergeldern ausgeglichen werden. Als konkretes Beispiel hierfür nennt er das Beispiel Tiefgarage Bergischer Löwe. Dort seien sinkende Mieteinnahmen von rund 120.000 € p.a. zu verzeichnen, so dass er sich die Frage stelle, wie diese Fläche gewinnbringend zu vermarkten sei.

Herr Schmickler stellt klar, dass er in seiner vorherigen Wortmeldung von rentierlichen Dingen gesprochen habe. Darüber hinaus erinnert er daran, dass die Aufgabe, die zukünftig durch die AöR wahrgenommen werden solle, schon immer durch die Stadt wahrgenommen worden sei. Er sei eine der ureigensten Eigenschaften der Stadt, neue Bau- und Gewerbegebiete zu erschließen. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt nicht mehr in der Fläche wachse, aber neu zu erschließende Flächen für Wohnbau- und Gewerbeflächen benötige, bestehe ein gewisser Nachholbedarf, um zu verhindern, dass z.B. Betriebe abwandern und Arbeitsplätze in Bergisch Gladbach verloren gehen. Hieran habe der Steuerzahler kein Interesse, da ein Verlust dieser Arbeitsplätze den städtischen Haushalt treffe. Man könne seiner Ansicht nach zwar über viele Details im Zusammenhang mit Gründung der AöR reden, nicht aber den wesentlichen Sinn in Frage stellen. Er sei sich 100 % sicher, dass es der Stadt nur darum gehe, bei einer ihrer Kernaufgaben zukünftig handlungsfähig zu bleiben. Anderenfalls diskutiere man im Rahmen der künftigen Haushaltsplanungen darüber, ob anstelle einer notwendigen Schulsanierung Ausgaben für Erschließungsmaßnahmen getätigt werden dürften. Angesichts dessen sei eine vernünftige Stadtentwicklung zukünftig ohne die Gründung der AöR nicht machbar und man könne dankbar sein, dass die Gemeindeordnung der Stadt ein solches Mittel an die Hand gebe.

Zur Frage des Verbleibs möglicher Gewinne weist Herr Martmann darauf hin, dass diese üblicherweise in einer AöR verbleiben würden. Allerdings gebe es die Möglichkeit, diese Gewinne der Stadt beispielsweise durch Aufgabenübertragung zukommen zu lassen.

Auf die Frage von Herrn Jentsch, warum das Grundstück der Tiefgarage Bergischer Löwe an die AöR übertragen werden soll, erklärt Herr Martmann, dass der Bebauungsplan Buchmühle im Rahmen der Regionale 2010 vollständig überarbeitet wird. In diesem Zusammenhang sei sowohl aus den Reihen der Händler wie auch aus den Reihen der Politik stets der Wunsch nach Ersatz für die dort wegfallenden Stellplätze geäußert worden. Eine mögliche Option sei hierbei die Erweiterung der Tiefgarage Bergischer Löwe.

Herr Schütz meint aus den bisherigen Ausführungen zu entnehmen, dass Herr Martmann als Vorstand der AöR vorgesehen sei. Dies wird von den Mitgliedern der Verwaltung jedoch verneint, es sei diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen worden, diese treffe nach der Satzung des AöR der Rat.

Ferner möchte Herr Schütz wissen, was aus dem bisherigen Immobilienbetrieb werde, soweit dessen Aufgaben von der AöR übernommen würden. Darüber hinaus möchte er wissen, was mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bisherigen Immobilienbetriebes sowie deren Motivation geschehe, wenn diese zukünftig lediglich die vermeintlich unattraktiveren Grundstücke zu vermerkten hätten. Weiterhin bittet er um Auskunft, ob die beabsichtigte Übertragung der Grundstücke an die AöR im Nothaushalt zulässig sei und wie die Gegenleistung der AöR gegenüber der Stadt aussehe. Auch möchte er wissen, inwieweit eine Kreditaufnahme durch die AöR keine Umgehung der gesetzlichen Vorschriften zum Nothaushalt darstellt. Hinsichtlich der Wahl des Vorstandes entnimmt er der Vorlage auf Seite 81, dass dieser erstmalig offensichtlich durch den Rat und anschließend durch den Verwaltungsrat gewählt werde. Aus der Vorlage sei weiter zu entnehmen, dass die Gespräche mit der Kommunalaufsicht des Kreises positiv verlaufen seien. Diesbezüglich bittet er um Auskunft, ob auch die übergeordneten Aufsichtsbehörden z.B. in der Bezirksregierung oder im Land beteiligt worden seien. Der Seite 82 der Vorlage sei zu entnehmen, dass der Vorstand die Geschäfte der AöR in eigener Verantwortung wahrnehmen werde, hierzu bittet er um weitere Erläuterungen, wie die Haftung in Einzelnen aussehe. Unter Bezugnahme auf Seite 83 der Vorlage möchte er weiterhin wissen, welches wirtschaftliche Risiko für die AöR bestehe, sofern sich die Trägergemeinde selbst im Nothaushalt befinde. Im übrigen bittet er um Aufklärung darüber, wie die Aussage auf Seite 84 der Vorlage zu verstehen sei, dass die Stadt ein planungs- und städtebauliches Weisungsrecht gegenüber der AöR haben könne. Abschließend möchte er unter Hinweis auf Seite 86 der Vorlage wissen, wie die zukünftige

Erlösverwendung der AöR geplant sei. All diese Fragen ließen den Schluss zu, dass noch erhebliche Bedenken bestünden, die für ihn gegen einen Gründungsbeschluss sprechen.

Herr Martmann beantwortet die Fragen von Herrn Schütz dahingehend, dass die zukünftigen Aufgaben der AöR durch die gleichen Kolleginnen und Kollegen wahrgenommen würden, die bereits heute im Immobilienbetrieb beschäftigt seien. Diese würden auch weiterhin einen Teil ihrer Arbeit für den Immobilienbetrieb erbringen und seien nach wie vor motiviert. Dienstherr dieser Kolleginnen und Kollegen bliebe die Stadt. Hinsichtlich der Übertragung des Vermögens in Höhe von rund 10 Mio. € handele es sich bilanzrechtlich um eine Verschiebung aus dem Immobilienbetrieb hin zur AöR. Da diese jedoch eine 100%ige Tochter der Stadt sei, tauche das Vermögen der AöR auch in der Gesamtbilanz der Stadt auf. Seiner Ansicht handele es sich ferner bei der Gründung der AöR nicht um die Umgehung gesetzlicher Vorschriften, da die Gemeindeordnung NRW gerade diese Möglichkeit anbiete. Zur Frage, wer Erster Vorstand der AöR werde, könne er keine Auskunft geben, wobei es sicherlich sinnvoll, wenn jemand diese Aufgabe übernehmen, der bereits über eine gewisse Erfahrung in der Materie verfüge. Weiterhin habe man im Vorfeld fruchtbare Gespräche mit der Kommunalaufsicht des Kreises geführt. Ob der Kreis in seiner Funktion übergeordnete Behörden wie die Bezirksregierung oder das Land einschalte, könne er nicht beurteilen, erforderlich sei dies jedoch nicht. Hinsichtlich der Frage, inwieweit der Vorstand eigenverantwortlich tätig werden dürfe, verweist er auf die entsprechenden gesetzlichen Vorschriften. Demnach seien alle Organe der AöR gehalten, die gesetzlichen Regelungen zu beachten. Bezogen auf die Frage nach der Ausgleichsverpflichtung erklärt er weiter, dass diese Verpflichtung für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt auch schon heute bestünde. Angesichts des zu erwartenden positiven Trends bei einzelnen beabsichtigten Projekten der AöR gehe er jedoch nicht davon aus, dass eine solche Ausgleichsverpflichtung zum Tragen kommen werde. Zur Frage der planungsrechtlichen Abhängigkeit der AöR betont er, dass diese nur jene Vorgaben umsetzen könne, die der Rat als zuständiges Gremium für den Erlass von Bebauungsplänen beschließe, wobei er die Auffassung vertritt, dass die Umsetzung für die AöR aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit mit dem Bereich Stadtplanung einfacher sein dürfe als für einen privaten Investor. Sofern die AöR Gewinne erziele, würde der Verwaltungsrat, welche aus Ratsmitgliedern besetzt werde, entscheiden, wie diese verwendet werden.

Nach Ansicht von Herrn Schütz stelle diese Vorgehensweise eine Ausheblung der Kompetenzen des Rates dar, da dieser die Budgethoheit für die Stadt habe.

Diesbezüglich erinnert Herr Martmann daran, dass Herr Schütz eine Systematik kritisiere, die sich aus dem Gesetz, in diesem Fall der GO NRW ergebe.

Herr Schundau geht davon aus, dass die Frage der Gründung einer AöR in den Zeiten, in denen sich die Stadt nicht in einem Nothaushalt befindet, einfacher zu lösen sei als zum jetzigen Zeitpunkt, zumal seine Fraktion einen solchen Stadtentwicklungsbetrieb schon vor längerer Zeit gefordert habe. In Zeiten des Nothaushalts erwecke die Gründung einer solchen AöR den Eindruck, man umgehe bewusst gesetzliche Regelungen um als Ziel zu gelangen. Jedoch dürfe man die Augen nicht verschließen, dass die Gründung einer AöR ein legales Mittel sei, mit der etwas Sinnvolles bewirkt werden könne. Allerdings gehe es ihm darum, die AöR auf eine etwas breitere Basis zu stellen. So beantragt er unter Hinweis auf Seite 86 c der Vorlage, § 2 Abs. 1 Buchstabe a) der Satzung dahingehend zu erweitern, dass der Punkt: „Die Ermöglichung zur Nutzung alternativer Energien“ dort im letzten Absatz explizit mit aufgeführt werde. Auch solle die Möglichkeit der Gründung von sog. „Untergesellschaften“ wie z.B. Stadtwerken u.ä. vorgesehen werden. Unter Bezugnahme auf Seite 86 e der Vorlage schlägt er zu § 6 Abs. 6 vor, diese Vorschrift solange auszusetzen, wie sich die Stadt im Nothaushalt befinde. Abschließend beantragt er, in der Anlage 2, Seite 86 i und j der Vorlage, als neue lfd. Nr. 15 das Grundstück Parkplatz Schnabelsmühle mit aufzunehmen, da dieses Grundstück nach seiner Ansicht ein großes Entwicklungspotential besitze.

Hinsichtlich der beantragten Punkte schlägt Herr Martmann vor, diese bis zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses inhaltlich zu überprüfen und dort das Ergebnis der Überprüfung bekannt zu geben.

Herr Außendorf erinnert daran, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Regel skeptisch seien, wenn hoheitliche Aufgaben privatisiert würden. Jedoch trafen die geäußerten Bedenken und Vergleiche zu den Verkäufen der Anteile an der Belkaw oder zum Cross-Boarder-Leasing hier nicht zu. Im vorliegenden Fall werde kein städtisches Vermögen an Private verkauft, sondern hoheitliche Aufgaben in eine AöR, welche nach unternehmerischen Gesichtspunkten geführt werde, umorganisiert, um für die Stadt Gewinne erzielen zu können. Insofern stehe man dem Vorhaben insgesamt positiv gegenüber.

Herr Henkel dankt der Verwaltung für die Vorlage und erinnert an den Antrag seiner Fraktion hierzu aus dem Jahre 2007. Hätte man diesem Antrag bereits seinerzeit entsprochen, wäre die Stadt möglicherweise jetzt in vielen Punkten schon einen Schritt weiter. Auch hätten man mehr Vermögen als die nunmehr vorgeschlagenen 3 % des Anlagevermögens aus dem Immobilienbetrieb an die AöR übertragen können, das diese Begrenzung offenbar in Absprache mit der Kommunalaufsicht erfolgt sei. Darüber hinaus begrüßt er den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Aufnahme der Punktes Photovoltaik in den Aufgabenkatalog der AöR. Ergänzend stellt er vier weitere Anträge zur Änderung. So sei in § 1 Abs. 1 der Satzung das Wort „Unternehmen“ durch das Wort „Betrieb“ zu ersetzen. Weiterhin sei in § 2 Abs. 1 Buchstabe c) das Wort „Fremdenverkehr“ durch das Wort „Tourismus“ zu ersetzen. Ferner sei in § 5 Abs. 4 Satz 3 der Satzung dahingehend abzuändern, dass der Vorstand alleinvertretungsberechtigt sei, da dieser nach § 5 Abs. 1 Satz 1 nur aus einem Mitglied bestehe. Abschließend sei § 7 Abs. 1 um folgenden Satz zu ergänzen: „Aufgaben, die nach der Satzung dem Verwaltungsrat übertragen sind, können nicht auf die Beiräte übertragen werden.“ Hierbei handele es sich um eine Klarstellung ähnlich der vor kurzem erfolgten Änderung im Aktiengesetz.

Bezüglich der Änderungsanträge verweist Herr Martmann auf die Vorgaben der kommunalen Unternehmensverordnung, in der u.a. der Begriff des Unternehmens definiert worden sei. Zu den übrigen Änderungsanträgen sagt er ebenfalls eine Prüfung bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu.

Der Vorsitzende schlägt angesichts der Änderungsanträge vor, dass die Verwaltung zur kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eine überarbeitete Fassung der Satzung vorliegt und zu den einzelnen Änderungsanträgen Stellung nimmt.

Herr Samirae vermisst in der Vorlage eine Aussage zum Risiko der Verwaltung in Falle einer Gründung der AöR in Form einer Kennziffer. Er bittet daher zukünftig, bei derart investitionsrelevanten Entscheidungen stets das Risiko in Form einer Kennziffer darzustellen, da dies Entscheidung über ein solch weitgreifendes Vorhaben vereinfache. So sei aus der Vorlage nicht erkennbar, wie viel Geld die Stadt durch die Gründung der AöR verloren gehen bzw. welchen Gewinn die Stadt erzielen könne. Demzufolge könne man aus der Vorlage kein Kosten-Nutzen-Risiko ermitteln. Ferner stellt auch er einige Änderungsanträge. So beantrage man eine Ergänzung der Satzung mit dem Inhalt, dass der Rat und der zuständige Ausschuss vor der Entscheidung in besonders wichtigen Angelegenheiten zu befassen sei. Als wichtige Angelegenheit sei insbesondere die Übertragung von Grundstücken an die AöR zu sehen, hierüber sei einzeln für jedes Grundstück die Zustimmung des Rates und des Ausschusses einzuholen. Weiterhin sei in die Entscheidung über die Gründung der AöR die Frage einzubeziehen, ob der bisherige Fachbereich aufgelöst und die verbleibenden Aufgaben einem anderen Fachbereich zugeordnet werden können und wie der bisherige zuständige Beigeordnete in die AöR einbezogen wird. Zur Begründung verweist er auf § 113 Abs. 1 Satz 2 sowie Abs. 5 GO NRW. Die dort genannten Bestimmungen seien in der Vergangenheit kaum praktiziert worden. Abschließend beantrage man, aus der Anlage 2 die

Grundstücke lfd. Nrn. 2, 3, 7, 8 und 13 herauszunehmen, da die Übertragung an die AöR für die nachhaltige Entwicklung der Stadt als kontraproduktiv angesehen werde.

Herr Martmann erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass niemand in der Lage sei, das Risiko der zukünftigen Entwicklung der AöR im Detail vorauszusehen. Jedoch bestünde die Möglichkeit, einzelne Projekte im Verwaltungsrat zu diskutieren und deren Risiken einzeln abzuwägen. Genau diese Vorgehensweise schlage die Verwaltung bei der AöR vor, da auf diese Weise eine hohe Plausibilität erzielt werden könne. Sofern beabsichtigt sei, besonders wichtige Entscheidungen auf den Rat zu übertragen, stelle sich unweigerlich die Frage nach der Daseinsberechtigung des Verwaltungsrats, da dieser dann noch weniger Rechte habe als z.B. der Infrastrukturausschuss. Dieser beschließe bislang alle Grundstücksgeschäfte der Stadt abschließend, ohne dass der Rat hierüber noch einmal entscheide. Sofern man dem Vorschlag folge, gestehe man dem Verwaltungsrat der AöR geringere Kompetenzen zu. Diesem Vorschlag könne er daher nicht zustimmen. Zur Frage der Grundstücksliste verweist er auf den Vorschlag der Verwaltung in der Vorlage.

Nach Ansicht von Herrn Ebert sei es positiv zu bewerten, wenn die Stadt die Möglichkeit zur Finanzierung von Vorhaben versuche zu nutzen. Jedoch gebe es ein deutlicheres Problem, da durch die Gründung der AöR ein Stück des Haushalts in Form der in Anlage 2 genannten Grundstücke ausgegliedert werde. Bei diesen Grundstücken handele es sich nicht nur um Grundstücke, die voraussichtlich wirtschaftlich zu vermarkten seien, sondern auch um Grundstücke, bei denen ein Investitionsbedarf vorhanden sei. Sofern nunmehr die Grundstücke aus der Liste insgesamt an die AöR übertragen würden, bestünde für den Rat keine Möglichkeit mehr, über das bislang erzielten Gewinne und deren Verwendung im Haushalt zu entscheiden, die Entscheidung hierüber träfe ganz allein der Verwaltungsrat der AöR. So sei es durchaus denkbar, dass der Verwaltungsrat der AöR bei der Verwendung des Gewinns Projekte bevorzuge, die im Rahmen des Nothaushalts der Stadt möglicherweise eine geringere Priorität besäßen hätten. Insofern könne man die Bilanz der AöR durchaus mit einem Schattenhaushalt vergleichen. Aufgrund dieser Unwägbarkeiten müsse man die Vorlage zu diesem Punkte daher ablehnen.

An die Diskussion vor dem Verkauf der Belkaw-Anteile und dem Abschluss des Cross-Boarder-Geschäftes fühlt sich Herr Dresbach erinnert. Im Zusammenhang mit der AöR-Gründung gebe es noch viele Unwägbarkeiten, so z.B. die Tatsache, dass das Kapital durch die Übertragung der Verfügungsgewalt der Bürgerinnen und Bürger sowie des Rates entzogen werde. Aus diesem Grunde könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Auf Anfrage von Herrn Henkel, ob auch eine Übertragung des Grundstückes Hauptstraße 310 (altes Arbeitsamt) an die AöR geprüft worden sei, erklärt Herr Martmann, dass diese Immobilie derzeit nicht zur Vermarktung anstehe, da die dort untergebrachten Einrichtung zunächst anderweitig untergebracht werden müssten.

Daran, dass auch ein Risiko bestehe, wenn man nichts unternehme, erinnert angesichts der bisherigen Diskussion Herr Henkel. In diesen Fällen könnte für die Stadt sogar ein noch viel höheres Risiko entstehen. Zur Frage der Vermögensverschiebung weist er nochmals darauf hin, dass dieses in der Bilanz der Stadt zukünftig nur unter einer anderen Position auf der Aktivseite ausgewiesen werde und keinesfalls verschwinde.

Unter Bezugnahme auf § 6 Abs. 5 der AöR-Satzung möchte Herr Schütz wissen, wer sich hinter der Stadt Bergisch Gladbach verberge und ob hiermit der Rat, der Bürgermeister oder alle Bürgerinnen und Bürger gemeint seien. Darüber hinaus stellt er den Antrag, § 6 Abs. 1 der AöR-Satzung dahingehend zu ändern, dass der Verwaltungsrat identisch sei mit dem Rat der Stadt. Angesichts der weitgehenden rechtlichen Verselbständigung der AöR sei es nicht gerechtfertigt, den Verwaltungsrat von der Größe her mit dem Infrastrukturausschuss gleichzusetzen, da auf diese

Weise $\frac{3}{4}$ der Ratsmitglieder von der wichtigen Entscheidungen zur Stadtentwicklung in dieser Stadt ausgeschlossen würden. Dies verstoße seiner Ansicht nach gegen die wesentlichen Gedanken der Demokratie. Weiterhin sei noch ungeklärt, wie die Stellvertreterfrage im neuen Verwaltungsrat zu klären sei, hierüber enthalte die Vorlage keine Aussagen. Insgesamt wirke das Konstrukt der AöR auf ihn daher wie eine Rettungsboot, mit dem einige wenige in See stechen, um für das Mutterschiff Stadt Bergisch Gladbach Hilfe zu holen. Er warnt daher nochmals ausdrücklich davor, dem Verwaltungsrat der AöR derart weitreichende Kompetenzen zu übertragen.

Diesbezüglich erinnert Herr Martmann daran, dass es in einem solchen Fall seiner Ansicht nach auch keinen Sinn mache, überhaupt Ratsausschüsse zu bilden. Angesichts der Tatsache, dass nahezu ein Drittel der Ratsmitglieder Mitglied auch des Verwaltungsrates werde und zusammen mit deren Stellvertreter mehr als die Hälfte der Ratsmitglieder an der Entscheidungsfindung beteiligt seien, könne er diesem Vorschlag nicht zustimmen.

Herr Kamp bittet für seine Fraktion darum, in den Aufgabenkatalog der AöR, § 2 der Satzung, das soziale Wohnbaulandmanagement mit aufzunehmen. Weiterhin bittet er um Mitteilung, ob für die AöR eine Kreditobergrenze geplant sei.

Hierzu erklärt Herr Martmann, dass sich die Beleihungsgrenze der AöR grundsätzlich aus deren Bilanz ergebe. Unabhängig davon werde der Wirtschaftsplan im Verwaltungsrat beschlossen und jedes größere Projekt dort diskutiert. Von daher sei es nicht möglich, unbegrenzt Kredite aufzunehmen, zumal im Rahmen jeder Kreditvergabe der Verwendungszweck genau geprüft werde und mit Sicherheit hierüber auch im Verwaltungsrat diskutiert werde.

Zusammenfassend schlägt der Vorsitzende angesichts der Beratungsfolge der Vorlage sowie der zahlreichen vorgetragenen Änderungsanträge folgenden Beschlussvorschlag vor:

- „1. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Gründung des „Stadtentwicklungsbetrieb Bergisch Gladbach AöR“ zum 01.01.2011.
2. Die Anstalt ist auf der Grundlage der in der Anlage beigefügten Satzung (Anlage 1) unter Berücksichtigung der von Herrn Martmann zu Beginn der Diskussion vorgetragenen redaktionellen Änderungen zu führen.
3. Die Satzung, die mit Entstehung der AöR zum 01.01.2011 in Kraft tritt, wird hiermit vorbehaltlich der Prüfung der vorgebrachten Änderungsanträge beschlossen.
4. und 5. wie Verwaltungsvorschlag.

Demgegenüber schlägt Herr Schütz vor, in der heutigen Sitzung keinen Beschluss zu fassen und die Vorlage stattdessen, versehen mit den Prüfaufträgen über die Änderungsanträge an die Verwaltung, in die kommende Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu schieben.

Hiermit zeigen sich die Mitglieder des Infrastrukturausschusses einverstanden.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.08.2010 zur Änderung der Entwässerungssatzung betreffend die Übernahme der Organisation zur Dichtheitsprüfung durch die Stadt 0462/2010

Herr Außendorf erläutert die Intention des Antrages seiner Fraktion. Man habe sich versprochen, im Falle einer Übernahme der Aufgabe durch die Stadt für die Bürgerinnen und Bürger bessere Preise erzielen zu können. Man könne jedoch die von der Verwaltung in der Vorlage vorgebrachten Gründe aus § 107 GO NRW nachvollziehen, sei aber frohen Mutes, dass die jetzige

Landesregierung den Spielraum der Gemeinden diesbezüglich liberalisieren werde. Aufgrund dessen ziehe seine Fraktion den Antrag zurück, behalte sich jedoch vor, diesen zu gegebener Zeit erneut zu stellen.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Komenda:

Ich hatte in der letzten Infrastrukturausschusssitzung wegen eines schwarzen Belags in den Glasbausteinen der Turnhalle Johannes-Gutenberg-Realschule gefragt und möchte wissen, ob die Reinigung zwischenzeitlich erfolgt ist. Weiterhin möchte ich wissen, wie weit die Statikarbeiten in der Grundschule Taubenstraße fortgeschritten sind.

Herr Martmann erklärt, dass die Reinigung der Glasbausteine sofort in Auftrag gegeben worden sei und dass die Arbeiten in der Grundschule Taubenstraße noch rund 6 – 8 Wochen andauern würden.

Herr Kamp:

Ich habe mehrfach beobachtet, dass der Platz vor dem Schloss Bensberg mehrfach zugeparkt worden ist. Handelt es sich bei diesem Grundstück um ein städtisches Grundstück und wenn ja, erhält die Stadt hierfür einen finanziellen Ausgleich.

Beide Fragen werden von Herrn Martmann bejaht. Es gebe eine Regelung, wonach die Fläche zu bestimmten Zeiten zum Parken genutzt werden dürfe und die Stadt hierfür ein Entgelt erhalte.

Herr Henkel:

Wie viele Grundstückseigentümer in der Zone 0 haben bislang den Nachweis der Dichtigkeit bereits erbracht?

Hierzu teilt Herr Wagner mit, dass die genaue Zahl in der Niederschrift genannt werde (*Anm.: siehe hierzu beigefügte Mail vom 18.09.2010*).

Herr Kamp:

Ist es möglich, zusammen mit der Verteilung der Abfuhrkalender im kommenden Jahr eine Liste der Sachverständigen zu verteilen, die zur Durchführung der Dichtheitsprüfung berechtigt sind? Auf diese Weise könnten die Bürgerinnen und Bürger sich einheimische Firmen herausuchen und so

Dies ist nach Auskunft von Herrn Wagner nicht möglich, da die maßgebliche Liste des Landes eine dynamische Liste sei und sich stets verändere. Darüber hinaus enthalte die Liste mehr als 100 Sachverständige, eine Selektion durch die Stadt bezogen auf in Bergisch Gladbach ansässige Sachverständige sei rechtlich nicht zulässig.

Herr Schütz:

Ich habe eine Anregung an das Abwasserwerk bzw. den Abfallwirtschaftsbetrieb. Ich habe in der letzten Woche in einem Bericht gelesen, dass in Rheinland-Pfalz eine private Erdproduktionsherstellung als Pilotprojekt in Betrieb gegangen ist. Dort werde Schwarzerde u.a. aus Klärschlamm bzw. Fäkalienresten und Resten von Grünschnitt produziert, die sich zu guten Preisen weiterverkaufen lasse. Ich bitte beide Betriebe zu überlegen, ob die Errichtung einer solchen Anlage auch für Bergisch Gladbach sinnvoll sein könnte.

Anschließend beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.12 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Bürgermeister

Schriftführung